

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

15.10.1932 (No. 242)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatangelegen:  
Chefredakteur  
G. H. M. u. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen, Forderungen, Zwangsweiser Beitreibung und Kontostundenverfall des Rabatts fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Arbeitsmangel, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

### Der deutsche Außenhandel im September

Seit Januar 847 Millionen Reichsmark Ausfuhrüberschuss (im Vorjahr 1964 Millionen Reichsmark) — Die Steigerung der Rohstoffpreise

Die Einfuhr im September ist gegenüber dem Vormonat um 29 Mill. RM. auf 360 Mill. RM. gestiegen. Diese Zunahme bedeutet sowohl den Wert als auch den Volumen nach eine Mehreinfuhr um etwa 8 1/2 v. H. Wenn man das durchschnittliche Preisniveau für die Gesamteinfuhr keine bemerkenswerte Veränderung erfahren hat, so weisen doch die eingeführten Rohstoffe, auf die 20 Mill. RM. der Mehreinfuhr entfallen, zum Teil eine bedeutende Steigerung ihrer Durchschnittswerte auf, während das durchschnittliche Preisniveau der eingeführten Lebensmittel und Fertigwaren weiter abgenommen ist.

Im Gesamtdurchschnitt ist das Preisniveau der eingeführten Rohstoffe, deren Einfuhr der Menge nach um etwa 8 v. H., dem Wert nach um etwa 11 v. H. zugenommen hat, um 3 v. H. gestiegen. Bei einzelnen Rohstoffen geht jedoch die Steigerung der Einfuhrdurchschnittswerte bedeutend über diesen Prozentsatz hinaus und erreicht schon 10 und 15 v. H., in einem Fall sogar mehr als 30 v. H. Zu den Rohstoffen, deren Durchschnittswerte gestiegen sind, gehören z. B. Felle und Häute (Pelzwerkstoffe, Kalbfelle und Rindshäute), Thomasphosphatmehl, Kupfer, Nohabat, Zellulosepulver (Baumwolle, Wolle), Kludgen, Tierfett und Tran, Mineralöle. Alle diese Waren, mit Ausnahme von Wolle, deren Einfuhr gesunken ist, gehören übrigens zu denjenigen Rohstoffen, deren Einfuhr auch der Menge nach gestiegen ist.

Auch die übrigen Warengruppen weisen sowohl der Menge als auch dem Wert nach eine Einfuhrzunahme auf. Doch sind die Durchschnittswerte für die eingeführten Lebensmittel und Fertigwaren um rund 3 v. H. gesunken.

Die Zunahme der Gesamteinfuhr verteilt sich auf eine größere Anzahl europäischer und außereuropäischer Bezugsgebiete. Soweit es sich schon überblicken läßt, gehören zu jenen Frankreich, Großbritannien, die Tschechoslowakei, Polen, die Niederlande, Österreich, Schweden und Belgien-Luxemburg, zu den überseeischen Britisch-Indien, China und die Vereinigten Staaten von Amerika. Zurückgegangen ist die Einfuhr aus der UdSSR. und aus Italien.

Die Ausfuhr hat gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 16 Mill. RM. auf 444 Mill. RM. erfahren. Dem Volumen nach ist sie um 7 1/2 v. H., dem Wert nach jedoch nur um 8 1/2 v. H. gestiegen, da ihr durchschnittliches Preisniveau gegenüber dem Vormonat um weitere 3 bis 4 v. H. gesunken ist. Es macht sich jetzt die Preisfrage, die den deutschen Außenhandel wegen seiner unterschiedlichen Warenstruktur in Ein- und Ausfuhr ständig beherzigt, und die bisher, während der Krisen- und Depressionsmonate, im Sinn einer Entlastung der Handelsbilanz wirkte, in der Richtung einer preismäßigen Belastung der Handelsbilanz nachteilig bemerkbar. Von diesen Preiseinflüssen wird das deutsche Außenhandelsergebnis der nächsten Zeit wesentlich mit abhängen. Denn es ist damit zu rechnen, daß die hauptsächlich die Ausfuhr ausmachenden Fertigwaren im Preis zunächst noch weiter sinken, während die den größten Teil der Einfuhr bildenden Rohstoffe im Preis schon steigen.

Den stärksten Anteil an der Ausfuhrzunahme haben die Lebensmittel infolge einer um 7 Mill. RM. gestiegenen Weizenausfuhr. Die Fertigwarenausfuhr hat bei um 2 v. H. gesunkenen Durchschnittswerten um 6 Mill. RM. zugenommen; einer mengenmäßigen Zunahme um 4 v. H. entspricht daher nur eine wertmäßige Zunahme um 2 v. H.

Soweit sich die Ausfuhrgehaltung in ihrer Richtung schon überblicken läßt, hat der Absatz nach den europäischen Ländern (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) im allgemeinen zugenommen, der Absatz nach Übersee dagegen einen Rückgang erfahren.

Die Handelsbilanz schließt im September mit einem Ausfuhrüberschuss in Höhe von 84 Mill. RM. (August 97 Mill. RM.) ab.

Im einzelnen zeigt die Warenbewegung im September folgende Veränderungen:

An der Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen sind beteiligt Tierfett und Tran (plus 4 Mill. RM.), Mineralöle (plus 3 Mill. RM.), Kupfer, Pelzwerkstoffe, Thomasphosphatmehl, Kalbfelle und Rindshäute, Kludgen, Baumwolle, Nohabat (mit jeweils rund 2 Mill. RM.), Zurückgegangen ist die Einfuhr von Wolle und Bau- und Kuchholz (um jeweils 2 Mill. RM.).

Bei der Fertigwarenausfuhr verzeichnen eine Mehrausfuhr die Textilfertigerwaren um 6 Mill. RM. (darunter Kleidung und Wäsche um 4 Mill. RM., Wollgewebe um 1 Mill. RM.), Wasserfahrzeuge um 4 Mill. RM., Werkzeugmaschinen, Pelze und Pelzwaren, Kinderpielzeug um jeweils rund 2 Mill. RM., Stab- und Formeisen um 1 Mill. RM. Zurückgegangen ist u. a. die Ausfuhr von Kesseln und Maschinenteilen (minus 2 Mill. RM.), Schwefelsäurem Rast und Chorkalkum, elektrischen Maschinen, Papier und Papierwaren (um je 1 Mill. RM.).

In den ersten neun Monaten des Jahres 1932 (1931) hat die Einfuhr 3444 Mill. RM. (5269 Mill. RM.), die Ausfuhr einschl. Reparations-Sachlieferungen 4291 Mill. RM. (7233 Mill. RM.) betragen. Der Ausfuhrüberschuss bezieht sich jedoch für diesen Zeitraum auf 847 Mill. RM. (1964 Mill. RM.) unter Einbeziehung der Reparations-Sachlieferungen.

Gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 1931 ergeben sich folgende Veränderungen:

### Letzte Nachrichten

#### Vertagter Schluß der Völkerverbunderversammlung Deutschland und die Reorganisation des Völkerverbunds Sekretariats

BRN. Genf, 15. Okt. (Priv.-Tel.) Die für heute angesetzte Völkerverbunderversammlung, mit der die jetzige Tagung abgeschlossen werden sollte, ist zur allgemeinen Überraschung auf Montag verschoben worden. Die Verschiebung hängt mit den immer noch nicht abgeschlossenen Beratungen über die Reform der obersten Leitung des Völkerverbunds Sekretariats zusammen. Es gehen Gerüchte um, daß die französische Delegation sich um Kompromisse bemüht, was infolgedessen begreiflich wäre, als das Scheitern der Reform natürlich auch die Wahl des Franzosen Avenol zum Generalsekretär außerordentlich erschweren würde.

Im Sonderauschuß über die Reorganisation des Völkerverbunds Sekretariats hat der deutsche Vertreter mit aller Entschiedenheit gefordert, daß kein Staat durch mehr als zwei Funktionen unter den obersten Beamten des Sekretariats vertreten sein dürfe. In einer Habas-Nachricht wird dazu behauptet, Deutschland habe gehofft, einen von den beiden stellvertretenden Generalsekretärsstellen im Völkerverbund zu erhalten. Die Möglichkeit der Betrauung eines Norwegers, habe ihn, ebenso wie die Kandidatur Italiens, eine tiefe Enttäuschung bereitet.

Wir erfahren demgegenüber von unterrichteter Berliner Seite, daß es sich um eine völlig unbegründete Unterstellung handelt, deren propagandistische Tendenz allzu durchsichtig ist. Der deutsche Delegierte hat seine Zustimmung zu dem jetzigen Vorschlag deshalb verweigert, weil andere Mächte den Grundsat, daß jeder Staat nur höchstens zwei Stellen unter den hohen Posten des Völkerverbunds haben darf, nicht angenommen haben. Deutschland kämpfte in der ganzen Zeit nicht für irgendwelche Posten oder Sonderprivilegien, sondern um das Prinzip einer möglichst gleichmäßigen Mitarbeit aller Mitgliedsstaaten an der Führung der Völkerverbundangelegenheiten, und es wird an diesem Prinzip auch in Zukunft festhalten.

#### Das Danziger Völkerverbunds-Kommissariat

Helmer Rosting provisorischer Kommissar  
BRN. Genf, 15. Okt. (Tel.) Der Völkerverbundsrat hat heute vormittag den Vertreter der Abteilung für internationale Verwaltungssachen im Völkerverbundsekretariat, den Dänen Helmer Rosting, als provisorischen Völkerverbundskommissar in Danzig bis 1. Dezember d. J. ernannt.

Der deutsche Vertreter, General von Rosenberg, erklärte hierzu, daß die deutsche Regierung in Anbetracht der ausgezeichneten und allgemein anerkannten Eigenschaften Helmer Rostings seine Ernennung zum provisorischen Kommissar billige. Er bedauere jedoch, daß es nicht möglich gewesen sei, sofort einen endgültigen neuen Völkerverbundskommissar zu ernennen, wie es die schwierige Lage in Danzig verlange. Er müsse darauf bestehen, daß alle Maßnahmen zur endgültigen Ernennung eines Völkerverbundskommissars während der nächsten Ratstagung getroffen werden.

#### Reise des Reichsinnenministers ins bayerische Ostbairische Gebirgsgebiet

BRN. Berlin, 15. Okt. (Tel.) Die am 17. Oktober beginnende Reise des Reichsinnenministers in den bayerischen Wald gilt lediglich einer Untersuchung des Ministers über die Verhältnisse im bayerischen Ostbairischen Gebirgsgebiet. Es sind daher weder offizielle Empfänge noch Ministerreden für diese Reise vorgesehen, dagegen ist Vorzug gegeben, daß der Minister Gelegenheit hat, mit allen Bevölkerungskreisen in Berührung zu kommen.

General Rimmann Alterspräsident des neuen Reichstages  
Der Alterspräsident des Preussischen Landtages, General Rimmann, ist von den Nationalsozialisten im Wahlkreis Frankfurt/Oder-Grenzmark als Spitzenkandidat zur Reichstagswahl aufgestellt worden. Die Aufstellung hat den Zweck, zu verhindern, daß Klara Zetkin neuerdings als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnet. General Rimmann ist 80 Jahre alt.

Die Gesamteinfuhr ist dem Wert nach um 35 v. H., dem Volumen nach um 12 v. H. zurückgegangen; das durchschnittliche Preisniveau ist um 26 v. H. gesunken. Es beträgt der Wert der Einfuhr von Lebensmitteln 28 v. H., von Rohstoffen 38 v. H., von Fertigwaren 43 v. H.; der Volumenzugang bezieht sich für die Lebensmittel auf weniger als 1/2 v. H., für die Rohstoffe auf 12 v. H., für die Fertigwaren auf 28 v. H. Die Durchschnittswerte sind gesunken bei den Lebensmitteln um 26 v. H., bei den Rohstoffen um 28 v. H., bei den Fertigwaren um 20 v. H.

Die Gesamtausfuhr (einschl. Reparations-Sachlieferungen) ist dem Wert nach um 41 v. H., dem Volumen nach um 30 v. H. zurückgegangen; das durchschnittliche Preisniveau der Gesamtausfuhr liegt um 15 v. H. niedriger. Die Fertigwarenausfuhr allein bezeichnet einen Wertrückgang um 39 v. H., einen Volumenzugang um 30 v. H.; der Durchschnittswert der ausgeführten Fertigwaren ist um 13 v. H. gesunken.

### \* Zur politischen Lage

#### Des Kanzlers Pläne

Die Rede, die Reichskanzler von Papen am Mittwoch vor den Vertretern der bayerischen Wirtschaft in München gehalten hat, hat nach den übereinstimmenden Berichten aller Ohrenzeugen in der Versammlung selbst begeistert Beifall gefunden. Dieser Beifall bezog sich bei dem einen Teil der Zuhörer auf die Person des Kanzlers und seine gesamte Politik, bei dem anderen Teil wohl nur auf die Stellen der Rede, die sich mit der Reichsreform beschäftigten. Wie man es aber auch beurteilen mag —, der Reichskanzler hat zweifellos in München persönlich einen starken Erfolg gehabt; und auch sonst kann man in Gesprächen vielfach die Wahrnehmung machen, daß diejenige Schicht der Bevölkerung, die der Politik des Herrn von Papen freundlich gegenübersteht, diese ihre Einstellung geradezu mit Leidenschaft und Hingabe bekundet.

Gewiß ist diese Schicht nur dünn, und ihre Bedeutung kann im Zeichen des Parlamentarismus, im Zeichen eines demokratischen Wahlrechts nur gering sein. Aber das ist ja gerade der Sinn der reformerischen Pläne des Reichskanzlers, daß er diesen Parlamentarismus, diesen demokratischen Staat zerschlagen und an seine Stelle eine neue Art Obrigkeitstaat setzen will; einen Obrigkeitstaat, der seine Autorität herleiten würde, erstens aus der Stellung des Reichspräsidenten, zweitens aus der Tatsache, daß sich die staatlichen Machtmittel eben zur Zeit in der Hand der Verfechter dieser neuen Idee befinden, und drittens aus dem Glauben an eine dem Mehrheitswillen entrichtete „göttliche Mission“, die von Herrn von Papen und den Seinen zu erfüllen sei. Je stärker sich gerade dieser Glaube bemerkbar macht, um so lieber wird das in Berlin gesehen. Und natürlich geht man dabei von dem Satz aus, daß die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden müssen. Und so wird man in Berlin ohne weiteres dem Beifall der bayerischen Wirtschaft ein Gewicht beimessen, das viel größer ist, als dasjenige, das man den Beschlüssen von Parteien und Organisationen beimißt, die vielleicht Millionen von Mitgliedern hinter sich haben.

Zweifellos ist der Reichskanzler ein unermüdlicher und in seiner Art auch geschickter Propagandist seiner Idee. Sein Glück ist ferner, daß eine sehr gut geschulte Presse ihm zur Verfügung steht, und daß eine Reihe hervorragender Federer in Büchern, Broschüren und Zeitungsartikeln für diejenige Politik wirbt, die auch die Politik des Reichskanzlers ist. Es ist — die „Politik der revolutionären Staatsführung“. So wenigstens nennt sie der von uns schon vorgestern zitierte Verfasser des Leitartikels im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“, Edgar J. Jung.

In diesem Aufsatz wird in der schärfsten Formulierung, die überhaupt nur denkbar ist, das Mehrheitsprinzip verabschiedet. Nach Edgar J. Jung „muß sich unter Umständen der Wille eines einzigen gegen die Abstimmungsmaschine des ganzen Volkes durchsetzen, weil ja in diesem einzigen allein der Wille des Volkes sich verkörpert“. „Beschloße ein Volk mit 60 Millionen gegen eine Stimme, Selbstmord zu begehen, so würde der Volkswille im göttlichen Sinne nur noch von jener einzigen Gegenstimme repräsentiert, während 60 Millionen irren würden.“

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in Deutschland viele Gebildete dieser verführerischen Dialektik zustimmen. Allerdings in der Hauptsache wohl deswegen, weil sie sich eben ganz naiv mit jener einzigen Stimme identifizieren, die den „Volkswillen im göttlichen Sinne“ repräsentiert, und weil der auf diese Art und Weise zustande gekommene „Volkswille“ am besten ihren eigenen Wünschen entspricht. Sedenfalls kann man mit dieser Dialektik Edgar J. Jungs den Herrschaftsanspruch einer jeden Oligarchie (Herrschaft weniger), einer jeden Diktatur begründen.

Edgar J. Jung bleibt sich aber auch sonst in seinem Aufsatz getreu. Er will wirklich eine „revolutionäre Staatsführung“. Und demnach denkt er sich, das, was man heute noch eine Reform nennt, ganz im Sinne einer Revolution, einer Revolution von oben. „Wer die Logik der bisherigen Entwicklung“, so sagt er in seinem Aufsatz, „zu Ende denkt, kommt um den entscheidenden Punkt nicht herum, daß nämlich einmal eine Verfassungsänderung, die den Bestand der Regierung von einem parlamentarischen Mißtrauensvotum unabhängig macht, oktroyiert (auf deutsch; aufgezwungen) werden muß. . . Das Kabinett Papen muß auch den bitteren Weg einer Verfassungsänderung aus präsidialen Machtbefugnissen ins Auge fassen.“

fen. Denn einmal muß ja die Auflösung des Reichstages aufhören. Was hat es für einen Zweck, Wahlen auszusprechen, bei welchen man nicht die Regierung, sondern notgedrungen deren Widerpart, die Parteien, immer wieder wählen muß? Soll die ganze Entwicklung nicht verstanden, so muß eine mutige Tat gewagt werden. Und zum Schluß des Aufzuges heißt es nochmals ganz ausdrücklich: „Die Autorität des Reichspräsidenten ist eine ganz seltene, geschichtliche Gelegenheit, unter ihrem Schutze revolutionäre Tatbestände schöpferisch zu formen.“

Klarer, als es hier geschieht, kann man sich nicht ausdrücken. Die Revolution von oben unter den Auspizien des Reichspräsidenten! Das ist die Lösung, die Edgar A. Jung in der „Deutschen Rundschau“ ausgibt. Und es geschieht das in einem Aufsatz, der, wie die Münchener Rede des Reichskanzlers zeigt, von diesem sehr aufmerksam gelesen wurde.

#### Der Nationalsozialismus

Von neuem ist in Berlin der Versuch gemacht worden, eine Art Ausöhnung zwischen Deutschnationalen hzm. dem Reichskabinett und den Nationalsozialisten zustande zu bringen. Und zwar hat man diesmal auch die Person des früheren deutschen Kronprinzen bemüht, um eine solche Versöhnungsaktion in die Wege zu leiten. In einem offenen Brief wurde der frühere Kronprinz beschworen, seinerseits einzugreifen, da er das Vertrauen beider Teile genieße. Ob darauf hin etwas geschehen ist, wissen wir nicht genau. Daß hinter den Kulissen alle möglichen Anstrengungen gemacht werden, um den „Bruderkampf“ aus der Welt zu schaffen, das ist jedoch bekannt genug.

Von irgendeinem Erfolg ist bis jetzt nicht das mindeste zu sehen. Die Gegensätze werden vielmehr immer schärfer betont. Die Münchener Rede des Reichskanzlers enthält z. B. eine Polemik gegen den Nationalsozialismus, die an Schärfe kaum noch überboten werden kann. Und der Aufsatz von Edgar A. Jung dient ja u. a. gerade dem Zweck, die Grenzlinie zwischen Nationalsozialisten und der übrigen „nationalen Bewegung“ nochmals aufs entschiedenste zu betonen.

Und auf der anderen Seite ist dieselbe Erscheinung zu beobachten: die Nationalsozialisten führen auf der ganzen Front einen erbitterten Kampf gegen das Reichskabinett und gegen die Deutschnationalen. Stellenweise hat dieser Kampf Formen angenommen, die sich von denen aus der Zeit, da der Nationalsozialismus Brüning und „das System“ bekämpfte, kaum noch unterscheiden.

Aber Welch ein Wandel unter den Parteien selbst! Gerade die Parteien, die sich unter Brüning mit am leidenschaftlichsten befandeten, stehen jetzt in gemeinsamer Kampflinie gegen das Reichskabinett. Vom Standpunkt des Zentrums gesehen, ist es aber nicht nur diese Gemeinsamkeit im augenblicklichen Kampfziel, welche im friedlichen Sinne eingewirkt hat, sondern noch viel mehr die Beobachtung, daß sich der Nationalsozialismus in der letzten Zeit erheblich gewandelt hat. Dieser Umschwung ist so evident und jederzeit durch Äußerungen maßgeblicher Führer so ohne weiteres zu belegen, daß eine jede Diskussion darüber überflüssig wird.

Neue Beweise sind die letzten Reden Hitlers und ganz bestimmte Äußerungen, die Gregor Strasser, einer der bedeutendsten Köpfe nächst Hitler, einem Interviewer gegenüber getan hat.

Adolf Hitler spricht im Hinblick auf seine positiven Ziele heute wesentlich gemäßigter, als noch vor einem halben Jahr. Er läßt die Möglichkeit, daß er überhaupt nicht an die Macht kommen werde, offen und will sich mit einem Erfolg begnügen, der darin bestehen würde, daß er „eine bessere Zukunft vorbereitet hat.“ Er erkennt an, daß in unserem ganzen Volke ein guter Kern steckt, und er gibt zu, daß dieses Volk statt Klassenkampf und Haß, Versöhnung und Verständigung will. Das ist immerhin eine neue Tonart. In den neuen Wahlkampf will Hitler hineingehen mit der Bereitschaft „jedem Deutschen die Hand hinreichend, auch dann, wenn er in einem anderen Lager steht.“ Das ist ein Bekenntnis zur Koalitionspolitik, wie man es bisher in dieser Form noch nicht von nationalsozialistischer Seite gehört hat. Bisher predigte man nur den Kampf und immer wieder nur den Kampf und wollte sich nicht verständigen, sondern sich höchstens für den Augenblick zu rein negativen Zwecken mit irgend jemandem verbünden, der gerade dafür zu haben war, „und wäre es des Teufels Großmutter selbst.“

Noch bedeutender aber sind die Äußerungen von Gregor Strasser. Sie lauten: „Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen die private Initiative an. Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie und des Handels. Wir sind gegen Planwirtschaft im Sowjetlande. Wir sind gegen Inflation. Wir sind für den Goldstandard. Wenn wir zur Macht kommen, wird es keine gewaltsamen Änderungen geben. Wir sind gegen eine unbeschränkte Autarkie. Wir haben nicht die Absicht, einen Versuch zur völligen wirtschaftlichen Selbstversorgung zu machen. Das offizielle, unmittelbare Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei soll zurückgezogen und umgeschrieben werden. Beim Goldstandard kann Deutschland deshalb bleiben, weil es durch die Krise hindurchkommen wird, und weil man den Goldstandard nur dann hätte aufgeben dürfen, wenn es zum Besten der Nation absolut notwendig wäre.“

Alle diese Äußerungen hat Gregor Strasser in einem Gespräch getan, das er kürzlich mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker führte, und das in Nummer

479 der „Vossischen Zeitung“ vom 6. Oktober abgedruckt wurde. Sie sind interessant genug und so eindeutig, daß sich jeder Kommentar dazu erübrigt.

### Deutschland lebt Genf ab Vorher Anerkennung der Gleichberechtigung verlangt

Die Londoner Verhandlungen zwischen Macdonald und Herriot haben am Freitag ihren Abschluß gefunden und Herriot ist nach Paris zurückgekehrt. Nach einem abschließenden Komunique wurde als bester Ort für die Viermächtekonferenz, welche eine Einigung über die Abrüstungsfrage vorbereiten soll, Genf bezeichnet. Während sich Italien damit einverstanden erklärt hat, hat Deutschland mitteilen lassen, daß es einer Verlegung der Konferenz nach Genf nicht zustimmen könne.

Die deutsche Ablehnung wird damit begründet, daß die Gefahr bestehe, daß Deutschland in eine verkappte Abrüstungskonferenz hineingezogen würde. Deutschland, so sagt man in Berlin, würde auch nach Genf gehen, aber nur unter der Bedingung, daß vorher seine Forderung auf volle Gleichberechtigung anerkannt wird. In Berlin erwartet man aus England einen neuen Verhandlungsortsvorschlag, mit dem sich Deutschland einverstanden erklären könnte.

#### Englische und französische Stimmen

ENGLAND, London, 15. Okt. (Priv.-Tel.) Ein großer Teil der englischen Blätter zeigt für die deutsche Ablehnung Genfs als Konferenzort wesentlich weniger Verständnis als für die Weigerung Frankreichs, auf den ursprünglichen britischen Vorschlag, London als Konferenzort zu wählen, einzugehen. So erblickt z. B. „Times“ in der deutschen Stellungnahme lediglich die Wahrung eines Prestigepunktes und bezeichnet es daher als unglücklich, wenn Deutschland lediglich aus solchen Gründen die Viermächtekonferenz zum Scheitern bringen würde. „News Chronicle“ muß allerdings zugeben, daß diese deutsche Ablehnung schließlich niemanden habe überraschen können, der den Verlauf der Kontroverse verfolgt habe.

FRANZÖSISCH, Paris, 15. Okt. (Priv.-Tel.) Das Organ Herriots, die „Ere Nouvelle“, schreibt, Deutschland würde eine Konferenz angenommen haben, bei der es von vornherein die Gewährung geübt hätte, seine Forderungen durchzusetzen. Deutschland wolle dagegen nichts von einer Verhandlung wissen, bei der man sich darauf beschränken würde, die deutschen Forderungen und ihre Tragweite sich etwas genauer anzusehen. Die sonst so vorsichtige „Volonté“ nennt Deutschlands Weigerung, die Einladung Macdonalds nach Genf anzunehmen, absurd und gefährlich.

Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum schreibt im „Populaire“: Mögen die deutschen Staatsmänner nach Belieben schmollen: Die einzig richtige Antwort sei der rasche Zusammentritt der Konferenz. Ihr Zusammenritt und ihr Erfolg seien angeht die Haltung der Reichsregierung sozusagen noch notwendiger denn je. Die unangenehme Haltung des Reichskabinetts zwinge die Abrüstungskonferenz, ohne Deutschland zum Erfolg zu gelangen.

### Wirtschaftsfragen vor dem Reichskabinett Bankenkommissar — Agrarhilfe — Soziale Maßnahmen

Die Beratungen des Reichskabinetts am Freitag, die bis in den Abend hinein dauerten, galten in erster Linie wirtschaftlichen Fragen.

Besüglich des Problems des Bankenkommisars ist man zu dem grundsätzlichen Beschluß gekommen, daß seine Befugnisse erweitert werden müßten. Weiter stellte das Reichskabinett verschiedene Verordnungen im Entwurfsstadium. Dabei handelt es sich um die Neuordnung der Preußenkasse, die in eine Deutsche Zentralgenossenschaftskasse umgewandelt werden soll, sowie um eine Verordnung zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Hilfsgebiet.

Grundsätzliche Beschlüsse wurden über die Erhöhung der sozialen Leistungen in der Arbeitslosenversicherung gefaßt. Vor allem will man die sozialen Leistungen bei einigen Lohnklassen der Arbeitslosenunterstützung und bei gewissen Renten erhöhen. Dagegen wird die Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge nicht erhöht werden. Es herrscht das Bestreben vor, gewisse Bindungen hinsichtlich der Leistungen dieser beiden Unterstützungsformen zu lockern und in das ganze System eine größere Elastizität hineinzubringen. Dazu sollen dann auch noch bei einigen anderen Versicherungen, wie der Unfall- und Krankenversicherung, gewisse Härten ausgeglichen werden.

Auf das entschiedenste wird von den amtlichen Stellen noch bestritten, daß durch die Kontingentierungsfrage im Kabinett irgendwelche Differenzen aufgetreten seien, die Anlaß zu Krisengerüchten geben könnten. Ein endgültiger Abschluß des Kontingentierungsproblems könne kaum sehr schnell erwartet werden, da es viel zu kompliziert sei.

Des weiteren wurden auch aktuelle außenpolitische Fragen besprochen. Der Reichsaussenminister berichtete dem Kabinett, daß von englischer Seite bei ihm angefragt worden, sei, ob Deutschland mit Genf als Tagungsort der Viermächtekonferenz einverstanden wäre. Darauf ist geantwortet worden, daß Genf für Deutschland nicht in Frage komme. Derselbe Standpunkt dürfte wohl auch für Lausanne, falls es vorgeschlagen würde, gelten.

Keine Gefährdung der Währung durch die Kontingentierungsfrage. In einem Berliner Blatt wurde über einen Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an den Reichskanzler berichtet, in dem Dr. Luther argwöhlich vor einer Fortführung der Kontingentierungspolitik warnt, weil dadurch die Währungsfrage erschüttert werden könnte. Hierzu wird an unterrichteter Stelle erklärt: Die Reichsregierung stellt in Abereinstimmung mit der Reichsbank fest, daß über einen internen Preiswechsel keine nähere Auskunft gegeben werden kann. Das eine aber kann festgestellt werden, daß eine Gefährdung der Währung nicht behauptet worden ist und auch nicht vorliegt.

Sechs nationalsozialistische Zeitungen verboten. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Köln erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Westdeutscher Beobachter“ und fünf Tochterblätter, die an sich zwar selbstständig sind, aber das Artikelmaterial des „Westdeutschen Beobachters“ abdrucken, von heute ab auf fünf Tage verboten.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Freitag von Pernambuco eine Fahrt nach Rio de Janeiro angetreten und befindet sich wieder auf der Rückfahrt nach Pernambuco. In 284 Fahrten hat das Luftschiff bisher im ganzen 500 000 Kilometer zurückgelegt und insgesamt 7 350 Passagiere und 13 500 Kilogramm Post befördert.

### Die Vorkommissionen bei der Preußenkasse Ermittlungsverfahren gegen den früheren preußischen Finanzminister Klepper

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags hat beschlossen, die Staatsanwaltschaft zu erlauben, ein Strafverfahren gegen die schuldigen Personen in der Angelegenheit der Preußenkasse einzuleiten. Der Antrag richtet sich besonders gegen den früheren Minister Klepper. Es sollen erhebliche Mittel der Preußenkasse unter politischen Gesichtspunkten rechtswidrig verwandt worden sein.

Wie weiter gemeldet wird, hat die kommissarische preussische Staatsregierung zur Zeit zu den gegen Klepper erhobenen Vorwürfen noch nicht Stellung nehmen können. Das Finanzministerium hat schon vor einiger Zeit alsbald nach Bekanntwerden der Vorwürfe bei der Preußenkasse und den von ihr abhängigen Instituten eine Untersuchung eingeleitet, in deren Verlauf zunächst die beteiligten Sachbearbeiter vernommen wurden und die Geldkonten geprüft wurden.

#### Dr. Klepper zu den Vorwürfen

ENGLAND, Berlin, 5. Okt. (Priv.-Tel.) Der frühere Präsident der Preußenkasse und preuß. Finanzminister Dr. Klepper äußerte sich heute gegenüber Vertretern der Presse über seine Geschäftsführung. Er vertritt die Auffassung, daß die juristische Seite vollkommen einwandfrei sei und daß er die politische und moralische Verantwortung für die ihm vorgeworfene Maßnahme übernehme.

Es sei selbstverständlich, daß der Staat seine Mittel zur Unterstützung der staatspolitischen Linie verwende, die die jeweilige Regierung verfolgt. Zu diesem Zweck sei aus dem Konto A die agrarpolitische Korrespondenz „Grüne Blätter“ finanziert worden. Sie habe die Aufgabe gehabt, die agrarpolitische Richtung der Preußenkasse zu fördern und die zahlreichen Angriffe abzumehren, die in jener Zeit gegen sie gerichtet wurden. Später sei noch eine andere agrarpolitische Korrespondenz unterstützt worden. Dr. Klepper bestritt entschieden, daß diese Mittel zur Beobachtung irgendwelcher politischer Bewegungen oder für ähnliche Zwecke benutzt worden seien. Daß er selbst irgendwelche persönliche Vorteile davon gehabt habe, werde jeder, der ihn kenne, von vornherein für ausgeschlossen halten.

Zu dem Zwölf-Millionen-Kredit an die Stadt Köln erklärte Dr. Klepper, daß niemals mittelbar oder unmittelbar Verhandlungen mit der Stadt Köln stattgefunden haben, und daß weder Reichskanzler Brüning noch der Reichstagspräsident eine Einflußnahme in dieser Angelegenheit versucht hätten. Es handle sich lediglich um ein normales Kreditgeschäft mit der Deutschen Bank, wozu zehn Millionen im Wege der Aufrechnung bereits abgedeckt seien.

Was die „Kölnische Volkszeitung“ anlangt, so habe die Staatsregierung es für notwendig gehalten, sie in dieser Weise zu unterstützen; wenn ein Blatt von solcher Bedeutung infolge der wirtschaftlichen Lage in Schwierigkeiten gerate, so sei das natürlich ein Ausfall für die Regierung. Im Falle des „Magazin der Wirtschaft“ gab Dr. Klepper offen zu, „hereingelegt worden zu sein“. Den Kredit für Staatssekretär Abegg erklärte Dr. Klepper damit, daß eine Bank, mit der Dr. Abegg in Verbindung stand, zusammengebrochen war, so daß er sich an eine andere Bank wenden mußte. Der Kredit sei von Dr. Abegg voll zurückbezahlt worden.

### Aus dem Leipziger Prozeß Montag Fortsetzung

Am Schluß der Freitagssitzung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich in Leipzig bat der Vorsitzende Dr. Baumt, von Schlußplädoyers abzusehen. Ministerialdirektor Dr. Becht, der Vertreter Preußens, erklärte jedoch, daß er eine kurze zusammenfassende Darstellung für unumgänglich notwendig halte. Darauf wurde die Verhandlung auf Montagvormittag vertagt.

Im Verlauf der Sitzung lehnte Ministerialdirektor Dr. Becht, Karlsruhe, für die badische Regierung die von Prof. Schmitt vorgetragene Auffassung des Reiches ab. Baden halte daran fest, daß der Reichskommissar niemals Landesregierung im Sinne der Landesverfassung sein könne. Nach badischer Auffassung müsse der Reichskommissar mit den leitenden Staatsministern zusammenarbeiten und nur in den etwaigen Fällen von Meinungsverschiedenheiten, in denen es sich um Angelegenheiten handele, für die speziell der Reichskommissar eingesetzt ist, gehe der Wille des Reichskommissars vor.

Professor Schmitt erklärt, daß der Art. 48 ein wesentlich integrierender Bestandteil der Verfassung sei und daß er sogar eigentlich zu ihrem Schutze diene. Das Land bleibe als solches bestehen. Auch beim fortwährenden Durcheinanderreiben der Landes- und Staatsgewalt müsse das Land bleiben und der Bestand des Landes. Die Landesverfassung sei in diesem Sinne fest. Andererseits könne sich das Reich in den Organismus des Landes einschalten. In dieser Hinsicht stehe dem Reich auch Einfluß auf die Landesgewalt zu. Wenn der badische Vertreter die Haltung des badischen Militärbefehlshabers im Jahre 1914 im Gegensatz zu dem jetzigen Verhalten der Reichsregierung gerühmt habe, so müsse er entgegnen, wenn die preussische Regierung sich im Juni 1932 zu benommen hätte, wie die badische Regierung im Jahre 1914, wäre es zu Mandem nicht gekommen. Aber nach der Praxis des Kriegesjahres von 1914—1918 werde der Militärbefehlshaber als Reichsorgan durch die Ausübung der vollziehenden Gewalt unmittelbar in den Landesorganismus eingeschaltet. Ihm werde ein Komplex von Landesorganen unterstellt, der trotzdem nicht aufhöre, Landesorgan zu sein. Dabei sei die Exekutive alles das, was nicht Legislative und was nicht Rechtssprechung sei. Sie sei also nicht beschränkt auf das, was unmittelbar zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig sei.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner gab namens der Reichsregierung zwei Erklärungen ab. Die erste bezieht sich auf die Behauptung aus den Reihen der preussischen Vertretung, daß zu der Sebering-Außerung „Iagen wir die Reichsregierung am 31. Juli davon“ in der Pressestelle ein Reichsvertreter erklärt habe, die Außerung sei im Wahlkampf gefallen. Es habe ein Vertreter der preussischen Pressestelle die erwähnte Außerung getan, während der Vertreter der Reichsregierung lediglich erklärt habe, daß er die Fragen von Journalisten wegen der Sebering-Außerung an die zuständige Stelle seiner Behörde weiterleiten wolle. Ministerialdirektor Dr. Gottheiner wandte sich dann den vom Vorsitzenden gestellten Fragen zu über die Dauer der kommissarischen Regierung in Preußen und die evtl. einzuleitenden oder bereits eingeleiteten Schritte. Er gab dazu folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung wünscht ein möglichst rasches Zustandekommen einer handlungsfähigen preussischen Staatsregierung, um das Reichskommissariat dann aufheben zu können. Im Preussischen Landtag muß eine Mehrheit sich finden, die die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ermöglicht. Der Reichskommissar wird wie bisher auf diese Regierungsbildung hinwirken. Die einzelnen Maßnahmen nach dieser Richtung hängen von der Entwicklung der politischen Lage, insbesondere nach der Reichstagswahl ab. Sie lassen sich heute im einzelnen von niemanden klar übersehen.“



Die Bürgersteuer in Billingen. Die Einführung der 500-prozentigen Bürgersteuer für das Jahr 1933 wurde vom Billinger Stadtrat angesichts der schweren Wirtschaftslage und der Undurchsichtigkeit der Verhältnisse des nächsten Jahres abgelehnt, worauf sie vom Bürgermeister auf Grund der badischen

Gehaltsnotverordnung in Kraft gesetzt wurde. Der Ertrag wird jedoch kaum höher sein als der der bisherigen 300-prozentigen Bürgersteuer, sowohl infolge des Wegfalls des Frauenaufschlags von 50 Prozent, wie auch vor allem wegen der starken Verminderung der Einkommen.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung.

#### Werttarif der Holzbaumaterialien.

Gemäß § 98 des Bad. Forstgesetzes und § 12 des Gesetzes vom 25. Februar 1870, das Forststrafrecht und Forststrafverfahren betr., in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 1924 — GBl. S. 261 ff. — werden für die Holzbaumaterialien die in dem nachstehenden Tarif verzeichneten Preise festgesetzt.

Der neue Tarif tritt mit Wirkung vom 1. November 1932 an Stelle des Werttarifs vom 1. April 1926 (Bekanntmachung vom 7. April 1926 im Staatsanzeiger vom 28. April 1926 Nr. 98).

Karlsruhe, den 8. Oktober 1932.

Ministerium der Finanzen.

Forstverwaltung.

J. B. Müller.

### Tarif

über den Wert der Holzbaumaterialien in den dem § 94 des Forstgesetzes unterliegenden Waldungen für die Zeit vom 1. November 1932 bis auf weiteres

Forstamt	100 Stück Faschinen von									100 Bund Flechtgeräten von		1 Ster Pfahlholz	
	hartem Holz			weichem Holz			Dornen			hartem Holz	weichem Holz	hart	weich
	I.	II.	III.	I.	II.	III.	I.	II.	III.				
	Sortimentsklasse												
RH	RH	RH	RH	RH	RH	RH	RH	RH	RH	RH	je nach Stärke		
Lörrach Oberweiler Sulzburg Breisach Reiningen Ettlingen	33	28	23	25	20	15	14	11	9	26	24	7-9	5-6
Försheim	34	29	24	26	22	16	15	12	9	26	24	8-10	5-7
Offenburg	35	30	25	28	24	18	15	12	9	27	25	8-10	5-7
Rheinbischofsheim	40	35	26	28	24	18	16	12	9	28	26	8-10	5-7
Steinbach Baden-Baden Rastatt	35	30	25	25	20	15	15	12	9	26	24	7-9	5-6
Karlsruhe	35	30	25	25	20	15	12	10	8	24	22	7-8	5-6
Graben Philippsburg Schweigen	30	25	20	24	20	14	12	10	8	22	20	7-8	5-6

### Bemerkung:

Faschinen: I. Klasse, 5 m lang, 4-5 mal gebunden  
II. " 4 m " 3-4 " "  
III. " 3 m " 2-3 " "

Umfang 1 m bei dem Stöckchen nach dem Bande

Flechtgeräten: 1 Bund = 25 Stück am Stöckchen 3-4 cm dick und 5-6 1/2 m lange Gersten.  
Pfahlholz: 1 Ster = Prügel 1 m lang, 7-9 cm dick.  
Bei Vermischung der im Tarif genannten Holzarten berechnet sich der Preis nach dem Vermischungsverhältnis.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurüberhebungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

### Ernannt:

Landrat Rudolf Koblhepp in Adelsheim zum Oberverwaltungsgerichtsrat beim Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe; Assistentenarzt Dr. Albert Schütz bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zum Medizinalrat als Bezirksarzt in Sinheim; Gendarmeriehauptwachmeister Ernst Trunz in Triengen zum Gendarmerieoberwachmeister.

### Versetzt:

Verwaltungsassistent Wilhelm Winterbauer beim Bezirksamt Mannheim zum Landeskommissar dafelbst.

### Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:

Berkmeister Heinrich Graf bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

Bis zur Wiederherstellung der Gesundheit in den Ruhestand versetzt:

Verwaltungsoberssekretär Rudolf Zoos beim Bezirksamt Lörrach.

### Justizministerium:

#### Versetzt:

Justizobersekretär Josef Seidelberger beim Amtsgericht Säckingen zum Amtsgericht Schweigen, Justizsekretär Karl Sohn beim Amtsgericht Heidelberg zum Amtsgericht Mannheim, Justizassistent Philipp Klotz beim Notariat Sickingen zum Amtsgericht dafelbst.

#### Gestorben:

Amtsgerichtsrat Wilhelm Weeber in Eppingen, Justizobersekretär Rupert Laufer beim Notariat Emmendingen.

## Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 18. bis 23. Oktober 1932

### Im Landestheater:

Dienstag, 18. Oktober. \* E 4. Th.-Gem. 1-100. Reiseprüfung. Drama von Max Dreyer. 20-22 (3,90).

Mittwoch, 19. Oktober. 1. Sinfonieouvert. Dirigent: J. J. Dörmann. Solistin: Colette Franz (Violine). 20-22 (3,70).

Donnerstag, 20. Oktober. Volksbühne: Oktobervorstellung. Die Räuber. Trauerspiel von Schiller. 19.30 bis gegen 23 (3,90).

Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Freitag, 21. Oktober. \* F 5 (Freitagmiete). Th.-Gem. 301 bis 400. Die ägyptische Helena. Oper von Richard Strauß. 20-22 (5,-).

Samstag, 22. Oktober. \* B 5. Th.-Gem. I. S.-Gr. Ballett. Abend. 20-22 (4,50).

Sonntag, 23. Oktober. Nachmittags: 2. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Der 18. Oktober. Schauspiel von Walter Erich Schäfer. 15.15-17.00 (2,60).

Abends: \* G 4. Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Die ägyptische Helena. Oper von Richard Strauß. 19.30 bis 22 (5,70).

### Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 23. Oktober. \* Lieblich adieu. Musikalisches Lustspiel von Billy Rosen. 19.30-22 (2,60).

**RATHAUS**  
Montag, 17. Okt., 20 Uhr  
**1. Trio-Abend**  
**Fassbänder-Rohr-Trio**  
Beethoven: Geister-Trio M. 76  
Tscherepnin: Klavier-Trio, op. 84  
Mendelssohn: Klavier-Trio, op. 49  
Karten zu 3,50, 3,-, 2,50, 1,50 und 1,- RM. (Schüler) einschließlich Steuer bei Bielefeld und bei Kurt Neufeldt Waldstraße 81

**Betr. Jagdverpachtungen**  
Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München u. a. auch offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksvereine: Wertheim, Laubersheim, Wachen, Oberburten, Heilberg, Mannheim, Bruchsal, Försheim, Kahr, Freiburg, Waldsiedl, Donaueschingen, Eppingen, Ainsicht, Lörrach und Rastatt. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeindeverwaltungen aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger“ E. C. Mayer Verlag, München 2 C, Spardastraße 11. M. 46

**Alles für den Straßenbau**  
**J. Prölsdörfer**  
Spezialhaus für Baubedarf  
Karlsruhe 1

**Soemulaee**  
Liefert preiswert  
**G. Braun GmbH.**  
Karlsruhe  
Karl-Friedrich-Str. 14  
**PORPHYRWERK DOSENHEIM**  
HANS GÄSTER  
DOSENHEIM  
Liefert aus 2. Hand  
**STRASSENBAU-MATERIAL**

**Sidelitas-Bier**  
(Hell-Export)  
unsere langjährige Spezialität, ist auch in der kühlen Jahreszeit ein Getränk, das durch seinen Wohlgeschmack und seine unübertroffene Belohnlichkeit auch den verwöhntesten Gaumen befriedigt.  
**Dunkles Lagerbier**  
überrascht, trotz des billigen Preises, durch seine Vollmundigkeit und Nährkraft.  
Brauerei Schrempy-Prinz Karlsruhe

**Straßenbauarbeiten**  
Das Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe vergibt die Arbeiten und Lieferungen für die Verbreiterung der Landstraße Nr. 1 zwischen Durlach und Ettlingen — bestehend in Erd- und Chauffierungsarbeiten, Dolanherstellungen, Lieferungen von Sand- und Pflastersteinen, Pflaster-, Schmiebe- und Balzarbeiten, sowie Fußleitungen zum Walzgeschäft — in 12 Losen.  
Pläne, Bedingungen und Angebotsvordrucke liegen auf dem Bauamt, Stephaniensstraße 51, auf.  
Angebote sind bis Montag, den 21. Oktober d. J., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlag nach Genehmigung durch die Wasser- und Straßenbauverwaltung.  
E. 212

**Rheinregulierung Rehl-Stein**  
**Steinlieferung**  
Die Bauabteilung Rheinregulierung in Rehl a. Rh. vergibt in öffentlicher Verdingung die freie Lieferung von 60 000 t Rheinbausteinen in verschiedenen Losen nach den Stationen Ottenheim und Marlen. Die Angebote sind mit Aufschrift „Steinlieferung“ versehen, verschlossen und postfrei bis spätestens 25. Oktober 1932, um 10 Uhr vormittags, auf dem Geschäftszimmer der Bauabteilung Rheinregulierung in Rehl a. Rh., Gewerbestraße 18, einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet. Angebotsvordrucke und Bedingungen werden an Bewerber abgegeben.  
Zuschlag bis 26. November 1932. M. 74

Wir werben für Sie!

**Badische Bank**  
Mannheim — Karlsruhe  
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

**Rollbahnen und Baugeräte**  
zu Kauf und Miete  
**Wilh. Messmer, Villingen**  
Fernsprecher 2131. Gegr. 1903  
Kataloge gratis M. 18

Montag, den 17. Okt. 1932  
Volksbühne:  
Oktobervorstellung  
**Die Räuber**  
Trauerspiel von Schiller  
Regie: Paumbach  
Mitwirkende:  
Ehrhardt, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmeke, Herz, Hierl, Kiencher, Kloebe, Kubne, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Kube  
Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende geg. 23  
Preise B (0,60-3,90 RM)  
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten

**Badisches Landestheater**  
Sonntag, 16. Oktober 1932  
Morgensfeier:  
**Richard Strauß**  
Musikalische Leitung:  
Josef Krips  
1. Klavierquartett C-moll  
F. Krips, D. Boigt, G. Müller, P. Trautwetter.  
2. Lieder  
Eise Blant, E. Friede, Sabertorn.  
3. Ansprache  
Dr. Carl Hagemann  
4. Till Eulenspiegels lustige Streiche  
Landestheaterorchester.  
Anfang 11<sup>1/2</sup>, Ende 12<sup>1/2</sup>,  
Preise 0,50-1 RM  
Abends:  
\* B 4. Th.-Gem. III. S.-Gr.,  
1. Hälfte  
Zum erstenmal  
**Die ägyptische Helena**  
Oper von Richard Strauß  
Dirigent: Krips  
Regie: Pruscha  
Mitwirkende:  
Fischbach, Sabertorn, Lenz, Reich, Dörich, Winter, Frisch, Moerschel, Weigner, Kiefer, Schoepflin, Strauß  
Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende 22  
Preise E (0,90-5,70 RM)

**Im Städt. Konzerthaus**  
Sonntag, 16. Oktober 1932  
Zum erstenmal  
**Lieblich adieu**  
Musikalisches Lustspiel von Billy Rosen  
Dirigent: Stern  
Regie: v. d. Trend  
Mitwirkende:  
Erwig, Janz, Brand, Kloebe, P. Müller, Schönthaler, v. d. Trend, Hey, Mates  
Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende 22  
1. Parlett 2,60 RM